

# Ost-West-Konferenz im April?

## Moskau stellt Bedingungen für Außenministertreffen

Moskau (dpa/ap). Im Gegensatz zu den scharfen und ablehnenden Erklärungen des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow hat sich die Sowjetunion doch zu einer Außenministerkonferenz mit dem Westen bereit erklärt. Sie soll im April in Genf oder Wien stattfinden. Moskau stimmt auch der vom Westen vorgeschlagenen Teilnahme von Beratern aus der Bundesrepublik und der Sowjetzone zu, macht aber zur Bedingung, daß auch die Außenminister Polens und der Tschechoslowakei zugegen sind. Die Beratungen sollen auf zwei bis drei Monate befristet werden.

Die Zustimmung der Sowjetunion ist in Noten enthalten, die Außenminister Gromyko am Montag den Botschaftern der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der Bundesrepublik und der Sowjetzone in Moskau übergab. Der britische Premierminister Macmillan hat — wie jetzt bekannt wird — die sowjetische Note schon am Vortag in Leningrad übermittelt erhalten.

In ihrer Note an die USA, die den Dokumenten an London und Paris ähneln soll, erklärt die sowjetische Regierung, es sei „dringend notwendig, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um eine gefährliche Entwicklung der Ereignisse zu vermeiden“. Grundsätzlich erhebt Moskau zunächst in seiner Note die Forderung nach einer Gipfelkonferenz, für die es die gleichen Bedingungen wie für die Außenministerkonferenz nennt. Dann heißt es jedoch in der Note, falls der Westen noch nicht zu einem Treffen der Regierungschefs bereit sei, könne auch ein Treffen der Außenminister stattfinden. Aus den bisher aus Moskau vorliegenden Informationen geht nicht eindeutig hervor, ob der Kreml zur Bedingung macht, daß einem Treffen der Außenminister auch ein Gespräch der Regierungschefs folgt.

Als Thema für die Begegnung der Außenminister nennt die Sowjetunion ihre Vorschläge für einen Friedensvertrag mit

Deutschland und die Regelung der Berlin-Frage. Der zweite Punkt wird mit dem Begriff „Beratungen über gemeinsame Maßnahmen zur Beseitigung der anomalen Lage, die sich im Zusammenhang mit der ausländischen Besetzung Westberlins herausgebildet hat“ umrissen. Die sowjetische Regierung bekräftigt jedoch ihren Standpunkt, daß auf einer Ost-West-Konferenz die deutsche Wiedervereinigung nicht behandelt werden könne, da diese allein Angelegenheit der Deutschen selbst sei.

### Warnung vor Waffen

In der etwa fünf Seiten langen Note bemängelt die sowjetische Regierung, daß der Westen keinerlei konkrete Gegenvorschläge auf die sowjetischen Noten über die Berlin-Frage, einen deutschen Friedensvertrag und eine Friedenskonferenz unterbreitet habe. Gleichzeitig wird der Westen in scharfen Worten davor gewarnt, wegen des Berlin-Streites zu den Waffen zu greifen. Jeder, der das tue, lade die schwere Verantwortung für den Ausbruch eines neuen Krieges auf sich.

Der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages bietet nach sowjetischer Ansicht jetzt noch eine Möglichkeit, zur Zusammenarbeit der vier Großmächte in der Deutschland-Frage zurückzukehren. Durch einen solchen Vertrag würden sowohl die

Bundesrepublik als auch die Sowjetzone die gleichen Verpflichtungen übernehmen, die ein Wiedererstehen des deutschen Militarismus ausschließen. Ferner unterstreicht die sowjetische Regierung erneut ihre Bereitschaft, durch Verhandlungen mit den anderen beteiligten Ländern zu einem für alle annehmbaren Abkommen in der Berlin-Frage zu gelangen. Die Großmächte könnten sich an einer internationalen Garantie beteiligen, um die Unabhängigkeit einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin zu sichern.

### Gipfeltreffen

Ämtliche Stellungnahmen lagen am Montagabend in den westlichen Hauptstädten zu den neuen Sowjetnoten noch nicht vor, doch überwog im ersten Echo diplomatischer Kreise ein vorsichtiger Optimismus.

In Washington äußerte man sich vor allem befriedigt darüber, daß Moskau eine Außenministerkonferenz nicht rundweg abgelehnt hat. Im Hinblick auf eine Gipfelkonferenz meinen politische Beobachter in Washington, angesichts des Ernstes der Lage könne man kaum darauf bestehen, daß es nur eine Außenministerkonferenz geben dürfe.

Angesichts des in den neuen Noten unterstrichenen sowjetischen Strebens, eine Entscheidung im Ost-West-Konflikt im Gespräch der Regierungschefs zu suchen, haben sich bereits führende westliche Politiker dafür ausgesprochen, die Forderung Chruschtschows nach einer Einberufung einer Gipfelkonferenz anzunehmen. Wie weit diese Stimmen Gehör finden, hängt nach Ansicht von Diplomaten in starkem Maße von dem Bericht Macmillans ab.

## Risiko-Grenze

K. W. B. Bevor sich Dulles aufs Krankenlager legte, fand er als Stichwort für die mit den Sowjets erwarteten Verhandlungen die Devise: Keine Konzession ohne Gegenkonzession. Als am Freitag Dulles' Staatssekretäre zum ersten Male mit ihm im Hospital konferierten, war nicht nur diese These, sondern auch der ganze Plan der westlichen Verhandlungspolitik reif zur Überprüfung geworden. Noch ehe eine der Noten, die in so mühevoll abgewogener Überlegung aus den westlichen Hauptstädten in den Kream geschickt worden waren, beantwortet ist, hat Chrutschow mit seiner Kream-Rede das Gebäude der vorsichtigsten westlichen Erwartungen mit einer Hand zerschlagen. So real man auch Moskaus Abneigung einschätzte, sich auf einer Außenministerkonferenz zur sachlichen Erörterung der deutschen und der europäischen Probleme zu stellen, so schockiert doch die Verhandlungswilligen die Brutalität, mit der Chrutschow davon spricht, daß es in den uns bewegenden Fragen nichts zu verhandeln gäbe.

Nun muß man zu verstehen suchen, warum der Chef des Kreams diese Zerstörung aller Illusionen gerade Macmillan, jenem Erkundungsreisenden des Westens, offerierte, der besten Willens gekommen war, gerade die Bereitwilligkeit zu den „Gegenkonzessionen“ in Moskau zu erkennen. Sollte Macmillan in seinen direkten Tisch- und Datscha-Gesprächen mit Chrutschow vielleicht einen ein wenig undurchsichtigen, aber zu viel derbem Humor aufgelegten Mann kennengelernt haben, so wird ihm das Doppelböckige des sowjetischen Verhandlungspartners Schwindel erregt haben, als er, von der Atomstadt heimkehrend, wieder mit einem scherzenden Chrutschow zusammentraf, der eine Stunde zuvor mit seiner Brandrede dem Gast für eine Weile die Lunte unter das Bett gelegt hatte. Zwei Chrutschows also? Zwei Moskaus demnach, wie schon so oft? Und an wen soll man sich halten, wenn man

mit ihnen sprechen will? Könnte es die Absicht Chrutschows sein, dieses Gesicht der doppelten Moral jetzt zu zeigen, oder lag ihm sogar daran, die brutale Seite als die Linie zu demonstrieren, die wir jetzt von Moskau zu erwarten haben?

Der britische Premierminister hat überlegt, ob er seinen Besuch in der Sowjetunion vorzeitig hätte abbrechen sollen. Er ist geblieben offenbar, weil er seiner Absicht, erkunden zu wollen, bis zum letzten Augenblick treu bleiben wollte.

Inzwischen aber wird klar, daß die Auseinandersetzung des Westens mit Moskau sich kritischer zuspitzt. Chrutschow ist daran gelegen, die deutsche Frage, die er mit seinem Berlin-Angriff und seinem Friedensvertragsentwurf zum Krisenstoff der Weltpolitik gemacht hat, überhaupt vom Verhandlungstisch herunterzumöblieren. Wenn er von einer Gipfelkonferenz als einziger möglicher Zusammenkunft im politischen Raum spricht, dann meint er keineswegs mehr ein Gespräch über Berlin oder über Deutschland, sondern allenfalls, wie er sagt, noch darüber, wie man Deutschland entmilitarisieren könne; aber als Gipfelthema ist ihm nur die Aufteilung der Welt mit den Vereinigten Staaten von Interesse.

Chrutschow dreht das gefährliche Spiel mit dem Krieg um. Er versucht die Suggestion: Wenn wir etwas durchsetzen wollen und dazu mit dem Säbel rasseln, dann ist Amerika gezwungen, Gewehr bei Fuß stehenzubleiben und nichts zu tun. Er will die Geschlossenheit des Westens, zu handeln und mit allen Mitteln auf seinen Rechten in Berlin und unseren Rechten auf Deutschland zu beharren, fragwürdig machen. Wenn es nach Chrutschow ginge, schluckten Amerika und der Westen das Berlin- und das Deutschland-Programm des Kreams schließlich ohne jedes Gespräch und ohne jede Verhandlung. Als vor drei Monaten die Berlin-Note die Krise auslöste, kommentierten die Moskauer den Unsinns-Vorschlag: Man könne über alles debattieren, aber man habe nicht einen Finger breit von den substantiellen Forderungen Moskaus abzu-

gehen. Jetzt, da es in die zweiten drei Monate hineingeht, zielt der Chef des Kreams auf den gefährlichen Weg, dem Westen vorzuhalten, er sei gar nicht in der Lage, den Angriff, den Moskau mit Berlin und Deutschland unternommen hat, zu stoppen.

Es ist offenkundig, daß diese Verschärfung der Drohungen eine Konzentration der westlichen Politik auf die Frage Berlins und des Zugangs nach Berlin auslöst. Der Terminplan für Verhandlungen der Außenminister sowohl des Westens unter sich als auch mit Moskau kommt ins Wanken. Mag die Frage einer Gipfelkonferenz mit Chrutschow als eine letzte Möglichkeit selbst in den Vereinigten Staaten, wo sie Eisenhower bislang als am sinnlosesten erschien, auch wieder ventiliert werden, — die Überlegungen gehen jetzt sehr viel direkter aus der Breite der Verhandlungsthemen in die Mitte des Problems: Berlin.

Es kann nicht ausbleiben, daß die massive Sprache aus Moskau in die Besprechungen, die jetzt einsetzen, auch die Militärs einschaltet. Im amerikanischen Senat haben die Senatoren — und gerade die, die noch vor ganz kurzem uns mit merkwürdigen, unwirklichen Plänen zu helfen glaubten — von der amerikanischen Regierung und vom amerikanischen Volk eine geschlossene Haltung verlangt. Wenn das Wort „Mobilisierung“ in diesem Zusammenhang häufig fällt, so ist gewiß nicht an die Bewegung des Militär-Potentials, wohl aber an das gedacht, was Chrutschow an Amerika und am Westen überhaupt in Zweifel ziehen möchte: an die Entschlossenheit, der sowjetischen Bedrohung das ganze Risiko entgegenzusetzen. Diese Gegenbewegung hat Chrutschow nun ausgelöst. Bis jetzt mochte er daran glauben, mit der Drohung allein sein Ziel zu erreichen, weil die Bedrohten schließlich von dem den Krieg scheuenden Amerika im Stich gelassen werden müßten. Nun aber nimmt die ganze westliche Politik jetzt eine Wendung an, die Chrutschow klar machen muß: mit dem Frieden Europas darf kein Spiel getrieben werden.

# Nieland-Broschüre wird eingestampft

Urteil des Bundesgerichts — Rechtsstaat duldet keine Diffamierung einer Volksgruppe

Schm. Karlsruhe (Eigenbericht). Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes hat die antisemitische Schrift des Hamburger Holzhändlers Friedrich Nieland als staatsgefährdend und verfassungsfreundlich und beleidigend bezeichnet. Sämtliche Stücke der Broschüre „Wieviel Welt-(Geld)-Kriege müssen die Völker noch verlieren?“ müssen nach dieser Entscheidung über das von der Bundesanwaltschaft beantragte sogenannte Objektiv-Verfahren eingezogen werden.

In der Begründung dazu stellt Senatspräsident Dr. Kanter gleichzeitig fest, daß nach den Entscheidungen des Hamburger Landessgerichts und Hanseatischen Oberlandesgerichts eine Strafverfolgung des Autors Nieland und des Druckers Heimberg nicht mehr möglich sei. Neue Tatsachen, die eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die beiden Urheber des Falles möglich machten, seien dem Gericht nicht bekannt geworden.

Die Schrift selbst aber erfülle mit ihrer Aufforderung, es sollte kein Jude an einem maßgeblichen Platz Einfluß auf das öffentliche Geschehen haben, den Tatbestand des § 93 des Strafgesetzbuches, der die Herstellung, Vervielfältigung und Verbreitung staatsgefährdender, verfassungsfreundlicher Schriften verbietet. Der Inhalt des Nielandschen Traktats solle offenbar Bestrebungen zur Unterwühlung der demokratischen Freiheiten fördern und ziele damit auf eine Gewalt- und Willkürherrschaft. Denn nach den Behauptungen des Autors der antisemitischen Broschüre müssen alle jüdischen Mitbürger einer allgemeinen Diskriminierung verfallen, die gegen die Grundrechte der Verfassung, gegen die Menschenwürde, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und den Gleichheitsgrundsatz verstoßen würden. Nielands ungereimte Behauptungen über ein sogenanntes internationales Weltjudentum stellten keine bloße Meinungsäußerung dar, sondern seien eine ausdrückliche Empfehlung an die Politiker, alle Juden in Deutschland der Verfolgung auszusetzen. Ein Rechtsstaat wie die Bundesrepublik

könne eine solche Diffamierung einer Volksgruppe nicht dulden.

## Wirr und ungereimt

Nach Nielands seltsamen „wissenschaftlichen Erkenntnissen“ werde ein sogenanntes internationales Judentum angeblich von einer geheimen Weltregierung gelenkt, die angeblich auch einen dritten Weltkrieg vorbereite, wie sie auch schon den Hitler-Faschismus gelenkt

habe. Es sollte damit nach Nielands Ansicht von der jüdischen Weltregierung verhindert werden, daß sich die Juden vermischen und in ihren Gastvölkern aufgehen. Zugleich aber lasse sich nach Nielands eigener Behauptung schwer feststellen, wer von den Juden eigentlich zur Regierungsschicht gehöre. So wirr und ungereimt diese „Erkenntnisse“ des Hamburger Holzhändlers seien, so eindeutig sei jedoch seine Forderung, die Juden von allen maßgeblichen Posten zu entfernen. Diese Forderung, durch die eine Volksgruppe in ihrer Menschenwürde auf das tiefste verletzt werde, könnte jedoch nur in einer Gewalt- und Willkürherrschaft erfüllt werden.

## Kuby freigesprochen

Rameke „zu zart im Nehmen“ — Fallschirmjäger still

H. Hamburg (Eigenbericht)

Der Hamburger Hörspiel-Prozess um das Ende der Festung Brest gegen den Schriftsteller Erich Kuby und den Funkautor Rüdiger Prose endete nach sechstägiger Verhandlung mit dem Freispruch der beiden Angeklagten. Das Amtsgericht folgte damit dem Antrag des Staatsanwalts. Die Kosten des Verfahrens — etwa 15 000 DM — trägt die Staatskasse. Der Prozeß, dessen Vorbereitung knapp drei Jahre dauerte, ist das größte Beleidigungsverfahren, das je an einem norddeutschen Gericht über die Bühne ging. Auf den Zuschauerbänken saßen wieder Zuhörer mit dem Fallschirmjägerabzeichen am Rockaufschlag, sie verhielten sich jedoch völlig ruhig.

Formalbeleidigung und üble Nachrede seien nicht gegeben, heißt es in der Urteilsbegründung. „Die in dem Hörbild über den Nebenkläger General Rameke behaupteten Tatsachen sind — wie die Hauptverhandlung ergab — überwiegend erweislich wahr. Soweit dies nicht restlos aufgeklärt werden konnte, erfüllen sie nicht den Tatbestand der Ehrenkränkung und fallen unter den Schutz des

§ 193 StGB (Wahrung berechtigter Interessen). Das Gericht bescheinigte Rameke, ein außergewöhnlich tapferer Soldat gewesen zu sein. „Aber das ist nur die eine Seite dieses Mannes. Er war andererseits ein überzeugter Anhänger des Hitler-Systems, das größtes Elend über die Menschheit brachte.“ Wer sich in der Art und Weise des Nebenklägers zu einer Figur der politischen Zeitgeschichte mache, müsse sich auch gefallen lassen, daß von der Gegenseite zu harten Äußerungen gegriffen wird, die das sonst übliche Maß übersteigen.

Amtsgerichtsdirektor Dr. Sommerkamp wird in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Rameke selbst nicht sonderlich wählerisch in seiner Ausdrucksweise gewesen sei. „Da muß er auch unzarte Kritik hinnehmen.“ Die Tendenz des Hörspiels zielt nach Ansicht des Gerichts nicht nur in Richtung gegen Rameke, der darin nur eine Randfigur spielt. Rameke konnte nach der Urteilsverkündung noch nicht sagen, ob er in die Berufung gehen wird. Falls der Spruch dann bestätigt würde, müßte er die gesamten Prozeßkosten tragen.

# Warum keine Strohhalme für Kinder?

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

## B. Berlin (Eigenbericht)

Trotz jahrelanger SED-Propaganda gibt es in Mitteldeutschland noch immer zahlreiche Demonstrationen der Bevölkerung, aus denen hervorgeht, daß wir alle zusammengehören. Deshalb muß die SED einen ideologischen Feldzug nach dem anderen führen, um die Bewohner der Zone unter Staatsaufsicht zu bekommen.

## HALLE

„Warum nennen sie sich Kerry-Sisters?“ Diese Frage stellte die SED-Zeitung „Freiheit“ nach zahlreichen erfolgreichen Aufführungen junger Marimbaphon-Virtuosen im Steintor-Varieté in Halle an der Saale. Die Zeitung schreibt: „Sie gaben sich den englischen Namen ‚Kerry-Sisters‘, aber ihre Mutter hat sie sicher nicht so gerufen. Sie entlehnen ihren Künstlernamen einer fremden Sprache, aber ihre Heimat ist die DDR. Gewiß, das ist international üblich, aber ‚international‘ üblich heißt hier soviel wie ‚westlich‘ üblich. Haben wir nicht die modernste Gesellschaftsordnung? Sie aber opfern einer ‚internationalen‘, sprich ‚westlichen‘, Gepflogenheit ihre eigene Muttersprache. Sind sie sicher, daß unsere Arbeiter und Bauern dafür Verständnis haben? Sie haben es bei ihren guten Leistungen nicht nötig, nach abgegriffenen Methoden zu greifen, die früher einmal gängig waren. Die deutschen Worte ‚Schwestern‘ oder ‚Geschwister‘ sind nicht nur schöner, sie sind auch ein Standpunkt.“

Aus dem VEB Süßwaren „Halloren“: Zu Ehren des Internationalen Frauentages will die Jugendbrigade „Djamila Buhired“ täglich fünf Kilogramm mehr Pralinen verpacken. Die Brigade von der Kakao-Abpackung will täglich 1050 kg Kakaopulver abpacken. Die Frauen der Nußpackbandbrigade kämpfen mit den Frauen von der Fondantkoecherei um den Titel der „Brigade der sozialistischen Arbeit“. Was ist WGL, HGL, SGL? Nach

Wohngemeinschaftsleitungen werden jetzt Hausgemein-

schaftsleitungen und Straßengemeinschaftsleitungen gebildet, in denen die politische und kulturelle Massenarbeit geregelt werden soll. Außerdem gibt es Wohnbezirksausschüsse.

## CHEMNITZ

„6000 FDJler werden Lehrer.“ Diesen Verbandsauftrag erhielten die FDJ-Einheiten in Chemnitz, um in den Betrieben des Bezirks zu werben.

„Sozialistische Eheschließungen“: Im Rosettensaal im „Kulturpalast der Werktätigen“ in Chemnitz fanden die ersten sozialistischen Eheschließungen statt. Die Männer erschienen im „Ehrenkleid der Volkspolizei“. Bei den Klängen der Nationalhymne wurden die Ringe gewechselt. „Die jungen Paare geben damit“, so schreibt die Chemnitzer SED-Zeitung, „Volksstimme“, „das stille Gelöbnis, als Bürger unseres Arbeiter- und Bauernstaates ihre ganze Kraft für den Aufbau des Sozialismus einzusetzen. Sie stehen der sozialistischen Entwicklung offenen Herzens gegenüber.“ In einer Festansprache sagte ein Oberleutnant: „Bei uns beruht die Ehe nicht auf Vermögensverhältnissen, sondern auf dem Prinzip der gegenseitigen Liebe und Achtung. Die Frau ist Kampfgefährtin des Mannes.“ Als ein Vertreter der Roten Armee weißen Flieder überreichte, klang von der Gästetafel ein „Drushba“. Die Bereitstellung der Räume und des Bedienungspersonals erfolgte kostenlos.

„Warum sind wir in der DDR?“ Unter dieser Überschrift schreibt Nikolai Kolbasenko, ein Panzerkommandant in der Sowjetzone: „Natürlich würden wir lieber heute als morgen in unsere Heimat zurückkehren. Solange jedoch die Gefahr des deutschen Militarismus noch nicht gebannt ist, wie es der Friedensvertragsentwurf vorsieht, werden wir gemeinsam mit euch die westlichen Grenzen des sozialistischen Lagers schützen.“

## RÜGEN

Selbstverpflichtung der SED-Kreisleitung: „Aus Protest ge-

gen die Ablehnung des Friedensvertrages mit Deutschland durch die Bonner Machthaber verpflichtet sich die LPG Geschwister Scholl in Altenkirchen, zusätzlich zum Produktionsplan 4000 kg Milch zu produzieren, drei Mastbullen aufzuziehen. Ferner sollen noch vor der Frühjahrsbestellung vier werktätige Einzelbauern für den Eintritt in die LPG gewonnen werden. Die Genossenschaftsbauern teilten mit, daß dies ihr Beitrag sein soll, um Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch einzuholen und zu überholen. Sie erklärten weiter, wenn sie dieses Ziel erreichen, so tragen sie dazu bei, daß die Machenschaften der Kriegsbrandstifter zerschlagen werden.“

Ladenhüter zu verkaufen: Herrenmäntel von 230,— Mark auf 69,— Mark, Damen-Übergangsmäntel von 190,— auf 57,— Mark. In allen Konsum- und HO-Geschäften wird dieser Sonderverkauf angekündigt.

## MERSEBURG

Werkverträge mit Künstlern: Im Klubhaus der „Leunawerke“ wurde mit zwei Künstlern ein Werkvertrag abgeschlossen, in dem sich die Künstler verpflichteten, zu den Arbeitern ein gutes Verhältnis herzustellen. Dazu sollen sie regelmäßig Ausstellungen im Betrieb durchführen, einen aktuellen kulturpolitischen Artikel für die Betriebszeitung „Leuna-Echo“ schreiben, künstlerischen Einfluß auf die Sichtwerbung im Betrieb übernehmen, dem Werk das Vorkaufsrecht für ihre Arbeiten einräumen und den Zirkel für bildnerisches Volksschaffen anleiten. Der Künstler wird eine von ihm selbst zu bestimmende Arbeitszeit einhalten und dem zuständigen Betriebsbüro seine An- und Abwesenheit bekanntgeben. Das Werk verpflichtet sich: Zur Zahlung von monatlich 500,— Mark. Die Sozialversicherung zahlt der Künstler selbst. Dem Künstler steht ein Urlaub von drei Wochen zu. Im Falle der Erkrankung zahlt das Werk bis zu insgesamt sechs

(Fortsetzung auf Seite 5)

## Die neue Note

DT. Nun dürfte also doch eine Ost-West - Außenministerkonferenz im April zustande kommen. Als „Zeitverschwendung“ bezeichnete Chruschtschow eine solche noch vor einer Woche. Inzwischen ist er nicht umgefallen — das ist nicht seine Art —, sondern er setzt nur seine längst eingespielte Taktik fort: heute so und morgen anders zu sprechen. Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn er mit der Zustimmung zu einer allerdings thematisch eingeebneten und mit Bedingungen gespickten Außenministerkonferenz sozusagen sich selbst desavouiert, glaubt er doch damit vor der Welt als besonders entgegenkommend zu erscheinen.

Hat der britische Premierminister diesen Erfolg errungen? Zweierlei ist möglich: erstens, daß Macmillan die westliche Entschlossenheit so eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht hat, daß sich Chruschtschow zu einer gewissen Entschärfung durch gelindes Einlenken veranlassen ließ; zweitens, daß Macmillan eine flexible Haltung des Westens in Aussicht gestellt hat, die bei Chruschtschow neue Hoffnungen auf erfolgreiches Konferieren erweckte. Auf die letzte Möglichkeit verweisen Presseberichte aus London. Wie dem auch sei: in der Sache ist Chruschtschow unerbittlich hart geblieben, nur in der Verfahrensfrage ist er scheinbar auf den Vorschlag des Westens eingegangen.

Die Betonung liegt auf scheinbar. Denn von einer wirklichen Annäherung kann nicht die Rede sein, wenn die Außenminister aus West und Ost ihre Zusammenkunft lediglich benutzen, um sich gegenseitig ihre Standpunkte in Form von Standpauken klarzumachen, wie es offenbar sowjetische Absicht ist. Es wäre schade, würde sich eine offene oder versteckte Polemik über zwei, drei Monate erstrecken. Obgleich das möglich wäre, ist es jedoch nicht wahrscheinlich. Vielmehr dürften die Außenminister beider Seiten versuchen, die ihnen gestellte Frist zu nutzen und nicht nur zum gegenseitigen Abtasten — es wurde bereits genug getastet —, sondern auch zu einer

ersprießlichen Vorarbeit für ein Gipfeltreffen. Denn ohne eine solche positive Vorarbeit der Außenministerkonferenz bleibt auch eine Gipfelkonferenz illusorisch, an der dem Osten soviel liegt. Die Frage, ob auch die Außenminister Polens und der Tschechoslowakei mit am Tisch sitzen werden, wird weniger die Politiker als die Völkerrechtler beschäftigen, und im übrigen könnte mit dem gleichen Recht die Teilnahme der westlichen Nachbarländer Deutschlands gefordert werden, was sich dann zuungunsten eines sowjetischen Paritätsbedürfnisses auswirken würde.

Immerhin geben die Sowjets

mit ihrer Note zu verstehen, daß sie es jetzt nicht auf eine endgültige Kraftprobe ankommen lassen wollen. Der Termin des 27. Mai verliert also an bedrohlicher Bedeutung. Das besagt aber keineswegs, daß die sowjetischen Hoheits- und Kontrollrechte nicht den Vopos übergeben werden. Lediglich „prüfen“ sollen die Außenminister die Fragen des Friedensvertrages und Westberlins; Entscheidungen sollen der Gipfelkonferenz vorbehalten bleiben. In Erinnerung an die Gipfelkonferenz von 1955 muß man allerdings sehr besorgt sein, ob selbst solche Gipfel-Entscheidungen durchgeführt werden.

## Tarnorganisationen aufgelöst

Aktion in Nordrhein-Westfalen — Material sichergestellt

Düsseldorf (dpa). Vier kommunistische Tarnorganisationen sind in Nordrhein-Westfalen „mit den üblichen polizeilichen Mitteln“ auf Weisung des Innenministers aufgelöst worden. Die Geschäftsstellen und Wirtschaftsbetriebe wurden geschlossen, Wohnungen durchsucht. Die Beamten fanden umfangreiches Material, darunter reichhaltige Karteien. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

Die betroffenen Organisationen sind der auch in Bayern und

Rheinland-Pfalz schon verbotene „Demokratische Kultur- und Deutschlands“, das ebenfalls in Rheinland-Pfalz verbotene „Friedenskomitee der Bundesrepublik Deutschland“, die „Bewegung für gesamtdeutsche Verständigung“ und die „Gemeinschaftshilfe — Freier Wohlfahrtsverband e. V.“. Die beiden letzten Organisationen bestehen nur in Nordrhein-Westfalen, der Hauptsitz aller vier ist Düsseldorf.

## Warum keine Strohhalme...

(Fortsetzung von Seite 4)

Wochen Krankheitsdauer die Vergütung weiter. Beide Vertragspartner berichten halbjährlich auf einer Gewerkschaftsversammlung über die Erfüllung dieses Vertrages.

### LEIPZIG

Wer waren die Brandstifter? Eine Leserdiskussion über die Brandstifter an der tausendjährigen Theklaer Wehrkirche veröffentlichte die „Leipziger Volkszeitung“. Darin heißt es u. a.: „Von verschiedener Seite habe ich gehört, daß sich Pfarrer Petzold aus Thekla dahingehend äußert, für die Brandstiftung der alten Theklaer Wehrkirche müsse man die Agitatoren der Nationalen Front, nicht aber die nach der Westzone geflohenen Täter verantwortlich machen.“

Warum keine Strohhalme für die Schulkinder? In einer anderen Leserschrift der „Leipziger Volkszeitung“ kann man lesen: „Warum gibt es keine Strohhalme, diese Frage stelle ich mir oft, wenn ich unsere Kinder in der Schule mit vieler Mühe ihre Milchflaschen austrinken sehe.“

Schachbedarfsartikel unter den Arkaden. Dort, wo vor etwa 800 Jahren die „curtis regia“, der ehemalige Königshof, stand, entstehen „sozialistische Wohnungen“ und eine Ladenstraße. Die Ladenstraße bekommt auch eine Verkaufsstelle für Schachbedarfsartikel, einen in der Zone einmaligen Spezialladen.

Zur Leipziger Messe sollen 900 Straßenbahnwagen fahren: Dazu will man in Leipzig 250 Oberschüler und Studenten als Schaffner gewinnen.

# Regierungschefs treffen sich

Nach Macmillans erfolgloser Mission in Moskau

**Bonn/London (Eigenmeldung/dpa).** Die für Mitte März geplante Konferenz der Außenminister der Westmächte und der Bundesrepublik wird wahrscheinlich abgesagt werden. Da diese Konferenz der Vorbereitung eines Treffens der Außenminister der Westmächte und der Sowjetunion dienen sollte, ist sie jetzt nach Ansicht Bonner Regierungskreise „gegenstandslos“ geworden. Auch diplomatische Kreise Londons sind der Ansicht, daß der Besuch Macmillans in den westlichen Hauptstädten und ein direktes Gespräch der Regierungschefs in jedem Falle nützlicher sein würde als eine unmittelbare Konferenz der Außenminister.

Die Vorbereitungen des Westens für eine Außenministerkonferenz mit Moskau sind bereits zurückgestellt worden. Nachdem der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow so deutlich erklärt hat, daß die Sowjetunion eine solche Konferenz ablehne, sehen die westlichen Regierungen keinen Sinn darin, umfangreiche Pläne für Verhandlungen auszuarbeiten. Denn es ist im Hinblick auf die Antwort Eisenhowers höchst unwahrscheinlich, daß der Westen dem sowjetischen Gegenvorschlag folgt und sich mit einer „Gipfelkonferenz“ einverstanden erklärt. Die Sowjets sollen nicht den Eindruck gewinnen, daß der Westen heute im Gegensatz zu seiner Ansicht im vorigen Jahr bereit ist, sich den sowjetischen Forderungen zu beugen.

Die Brückierung des britischen Premierministers Macmillan bei seinem Moskauer Besuch hat in politischen und diplomatischen Kreisen des Westens einen tieferen Eindruck hinterlassen als ein halbes Dutzend Noten. Erst jetzt macht man sich allgemein klar, daß die Sowjetregierung anscheinend wirklich keine Verhandlungen mit dem Westen anstrebt, sondern eine Art Kapitulation der Westmächte, wenigstens in der Berliner Frage und im Deutschlandproblem.

Nach Ansicht der „Londoner Diplomatischen Korrespondenz“ dürfte der sowjetische Regierungschef durch sein Verhalten der öffentlichen Meinung auch in allen neutralen Ländern deutlich gemacht haben, wer die Schuld tragen würde, wenn an Stelle von Verhandlungen eine gefährliche Entwicklung ein-

treten sollte. Macmillan wird vor dem Unterhaus eine Erklärung über seine Moskau-Reise abgeben.

## Bundesrat stimmt Moskau-Vertrag zu

Die Bundesregierung hat an die Sowjetunion appelliert, eine friedliche Politik auf der Grundlage des Völkerrechts und

der Selbstbestimmung der Völker zu führen. Vor dem Bundesrat erklärte Bundesminister von Merkat im Namen der Regierung, die Bundesrepublik wolle ihre friedliche Politik gegenüber der Sowjetunion trotz aller Enttäuschungen fortsetzen.

Bei der Beratung des deutsch-sowjetischen Handelsabkommens wandte sich Merkat in einer Erklärung noch einmal gegen die sowjetischen Berlin-Pläne und den Entwurf eines Friedensvertrages. Eine Verwirklichung dieser Pläne würde zu einer Verewigung der Spaltung Deutschlands führen. Der Bundesrat folgte der Aufforderung der Bundesregierung und stimmte dem deutsch-sowjetischen Vertrag ohne Debatte zu, so daß er jetzt ratifiziert werden kann.

## Neue Hilfe für Berlin

Finanzminister der Länder erleichtern Investitionen

**Wiesbaden (dpa).** Die Finanzminister der Bundesländer setzten sich in Wiesbaden nachdrücklich für die Einführung neuer Steuerpräferenzen für Berlin ein. Wie der Leiter der Konferenz, Minister Dr. Frank (Baden-Württemberg), mitteilte, soll die gesetzliche Grundlage für eine erweiterte Abschreibungsfreiheit geschaffen werden, um das politische Risiko von Investitionen in Berlin zu vermindern. Im Grundsätzlichen stimmten alle Landesminister und auch das Bundesfinanzministerium diesem Vorschlag zu.

meister auf dieser Reise begleitet. Er freue sich, schreibt Strauß, daß die Deutschen in Brandt „einen so guten Verfechter für ihre Sorgen und Wünsche gefunden haben“. Das Schreiben schließt mit „freundlichen Grüßen“.

## „Keine antisemitischen Strömungen“

**Bonn (ap).** Die antisemitischen und neonazistischen Vorfälle der letzten Zeit wurden von Bundeskanzler Adenauer und dem Vorstand des „Zentralverbandes demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgten-Organisationen“ erörtert. Nach Mitteilung des Zentralverbandes bestand bei der Unterredung Übereinstimmung darüber, daß diese Vorfälle als Einzelercheinungen zu werten seien. Anzeichen einer ausgesprochenen antisemitischen Strömung lägen nicht vor. Der Bundeskanzler teilte die Auffassung, daß die Vorkommnisse auf die Tätigkeit von Unverbesserlichen und auf sporadische Infiltrationen aus dem Osten zurückzuführen seien.

## Strauß gratuliert Brandt

**Berlin (Eigenmeldung).** Bundesverteidigungsminister Strauß hat dem Regierenden Bürgermeister Brandt in einem Schreiben „zum Abschluß der anstrengenden Reise um die Welt als Botschafter Berlins und des freien Deutschlands“ gratuliert. Strauß spricht von einem „politischen Erfolg in aller Welt“. Seine herzlichen Wünsche hätten den Regierenden Bürger-

# Macmillan fliegt nach Washington

## Gespräch mit Eisenhower über das Ergebnis von Moskau

London/Moskau (ap/dpa). Der britische Premierminister Macmillan und Außenminister Lloyd sind von ihrem zehntägigen Staatsbesuch in der Sowjetunion nach London zurückgekehrt. Macmillan kündigte bei seiner Ankunft an, daß er hoffe, außer Staatspräsident de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer auch Präsident Eisenhower in Washington über seine Besprechungen in Moskau zu unterrichten. Eine Einladung liegt bereits vor.

Zu dem Verlauf seiner Gespräche mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow sagte Macmillan: „Wir haben in vielen wichtigen Angelegenheiten nicht übereingestimmt, aber ich glaube, daß wir in jenem einer Meinung waren, das mir das wichtigste ist: daß diese ersten Probleme in Mitteleuropa durch Verhandlungen und nicht mit Gewalt geregelt werden sollten. Und darauf kommt es an.“ Die westlichen Alliierten müßten nun ihre Standpunkte hinsichtlich der in Europa vor ihnen liegenden Probleme in Einklang bringen.

### Das Kommuniqué

Kurz vor seinem Abflug aus Moskau hatte Macmillan gemeinsam mit Chruschtschow ein Kommuniqué unterzeichnet, dessen Hauptpunkte besagen:

1. Keine Einigung über die juristischen und politischen Aspekte des Berliner Problems und des deutschen Friedensvertrages, aber Übereinstimmung über die Nützlichkeit weiterer Verhandlungen und einer Prüfung von Plänen für eine militärisch verdünnte Zone in Europa.

2. Macmillan und Chruschtschow wünschen die Fortsetzung der direkten Kontakte, die sie jetzt in Moskau geschaffen haben.

3. Ein britischer Minister soll in naher Zukunft mit einer Handelsmission nach der Sowjetunion kommen. Noch in diesem Monat sollen britisch-sowjetische Kulturverhandlungen stattfinden.

Die Deutschland, Berlin und den polnischen Rapacki-Plan betreffenden Teile des Kommuniqués lauten wörtlich: „Die Ministerpräsidenten legten ausführlich den Standpunkt ihrer Regierungen hinsichtlich der Fragen dar, die Deutschland

einschließlich des Problems eines deutschen Friedensvertrages und Berlin betreffen. Sie konnten in der Frage der juristischen und politischen Aspekte dieser Probleme keine Übereinstimmung erzielen. Sie erkannten gleichzeitig an, daß es von großer Bedeutung für die Erhaltung und Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und der ganzen Welt ist, wenn diese Probleme vorzüglich gelöst werden. Sie betonten daher, daß baldige Verhandlungen zwischen den interessierten Regierungen notwendig sind, um eine Grundlage für die Regelung dieser Differenzen zu schaffen. Sie sind der Ansicht, daß solche Verhandlungen die Grundlage für ein stabiles europäisches Sicherheitssystem legen könnten.

In diesem Zusammenhang stimmten sie darin überein, daß es nützlich wäre, wenn die Möglichkeiten für eine Erhöhung der Sicherheit durch irgendeine Beschränkung der Streitkräfte und Waffen sowohl herkömmlicher als atomarer Art in einem vereinbarten Gebiet Europas, verbunden mit einem geeigneten Inspektionssystem weiterhin geprüft würden.“

### Drei Einwände

Der sowjetische Vorschlag, für Anfang April eine Außenministerkonferenz einzuberufen, wird in Bonn zwar als Anknüpfungspunkt angesehen, nicht aber als befriedigende Lösung. Vor allem erheben sich drei Einwände gegen diesen Vorschlag:

1. Die Sowjetunion betrachtet anscheinend die westliche Zustimmung zur Abhaltung einer Gipfelkonferenz als Voraussetzung für die Außenministerkonferenz. Der Westen war aber bisher nicht geneigt, sich

im voraus auf eine Gipfelkonferenz auch für den Fall festzulegen, daß die Außenministerkonferenz scheitert.

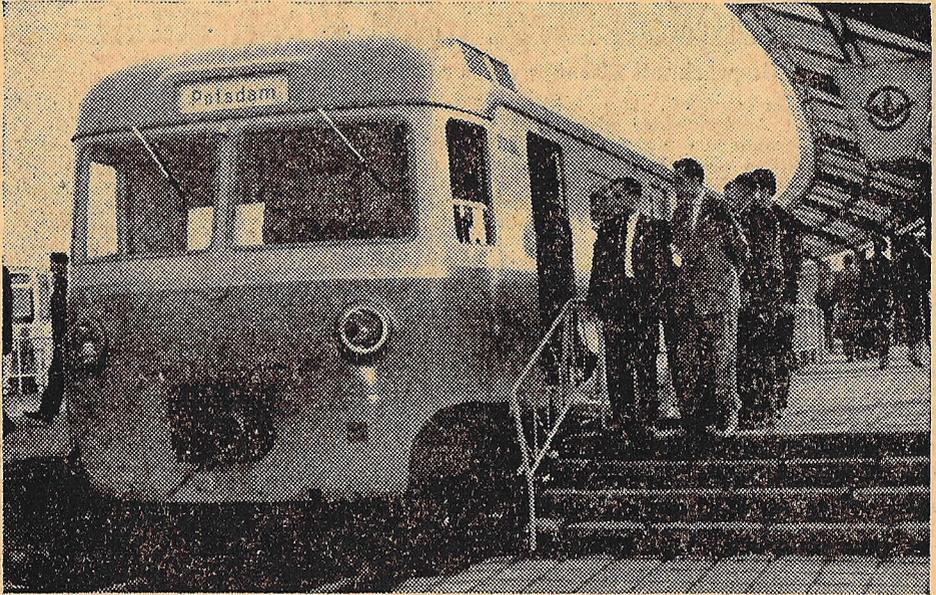
2. Die Außenminister sollen sich nach der Sowjetnote nur mit der Berlin-Frage und einem deutschen Friedensvertrag beschäftigen. Eine solche Beschränkung der Tagesordnung, bei der zugleich auch das Problem der Wiedervereinigung ausgeschlossen ist, wurde bisher vom Westen abgelehnt. Erst auf der Gipfelkonferenz wollen die Sowjets auch über die europäische Sicherheit und die Abrüstung verhandeln.

3. Die Hinzuziehung von Polen und der Tschechoslowakei zu den beiden Konferenzen würde eine Durchbrechung des Grundsatzes darstellen, daß die vier Großmächte für Deutschland verantwortlich sind.

### Ton enttäuschte

Ämtliche Kreise in Bonn heben besonders hervor, daß die Sowjetunion diesmal alle Unklarheiten hinsichtlich des deutschen Friedensvertrags beseitigt. Nach der neuen Note soll dieser Vertrag sowohl mit Bonn als auch mit Pankow abgeschlossen werden. Über die Wiedervereinigung soll auf keinen Fall verhandelt werden. Enttäuschung und Verdruß hat bei der Bundesregierung die ungewöhnlich scharfe Sprache hervorgerufen, mit der die Sowjetregierung die deutsche Note vom 5. Januar beantwortet. Vor allem die Erklärung, daß die Sowjetregierung niemals bereit sein werde, mit der Bundesrepublik über die inneren Verhältnisse in der Sowjetzone zu verhandeln, hat Bonn verstört. An maßgebender Stelle wurde geäußert, es sei völlig klar, daß eine Lösung der gegenwärtigen Spannungen Opfer verlangen werde. Aber es sei nicht einzusehen, daß diese Opfer nur von einer Seite gebracht werden sollten.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.



**BILDER DER WOCHE.** — **O b e n :** Ab 1961 sollen Triebwagenzüge dieses Typs auf der S-Bahn-Strecke Potsdam—Erkner eingesetzt werden. Zum erstenmal gezeigt auf der Leipziger Frühjahrsmesse. — **U n t e n :** Festtage japanischer Filmkunst fanden im Berliner Gloria-Palast statt. Eine Szene aus dem Film „Es begann als Spiel“, der Probleme entwürzelter Jugendlicher behandelt.

